

Jürgen Gerhards

Das Öffentlichkeitsdefizit der EU im Horizont normativer Öffentlichkeitstheorien

Dass die Europäische Union ein Öffentlichkeitsdefizit hat, gehört spätestens seit der Diskussion über die Maastrichter Verträge zu den Selbstbeschreibungen der Institutionen der EU (Tumber 1995: 512) und ist seitdem von diesen zu verschiedenen Anlässen häufig wiederholt worden, zuletzt, und nun in ratifizierter Form in dem Vertrag von Nizza vom Dezember 2000. Wieder diagnostizierten die Regierungschefs ein Öffentlichkeitsdefizit der EU, das sie in der Zukunft therapieren wollen. Teil des Vertrags von Nizza ist eine von der Konferenz angenommene Erklärung, in der beschlossen wurde: „Nachdem die Konferenz somit den Weg für die Erweiterung geebnet hat, wünscht sie die Aufnahme einer eingehenderen und breiter angelegten Diskussion über die Zukunft der Europäischen Union. Im Jahr 2001 werden der schwedische und der belgische Vorsitz in Zusammenarbeit mit der Kommission und unter Teilnahme des Europäischen Parlaments eine umfassende Debatte fördern, an der alle interessierten Seiten beteiligt sind: Vertreter der nationalen Parlamente und der Öffentlichkeit insgesamt, das heißt Vertreter aus Politik, Wirtschaft und dem Hochschulbereich, Vertreter der Zivilgesellschaft usw. Die Bewerberstaaten werden nach noch festzulegenden Einzelheiten in diesen Prozess einbezogen.“ Dieser Beschluss von Nizza mutet aus sozialwissenschaftlicher Perspektive etwas ungewöhnlich an, weil er von der Vorstellung ausgeht, dass sich die Herstellung von Öffentlichkeit beschließen ließe, so wie sich Rentenerhöhungen beschließen lassen oder man Weichen umstellt, damit Züge in eine andere Richtung fahren.

Die sozialwissenschaftliche Diagnose zur Frage, ob die EU ein Öffentlichkeitsdefizit aufweist, ist ambivalenter und kontroverser als die der politischen Akteure. Die Diagnose „Öffentlichkeitsdefizit“ wird zwar von den meisten der sozialwissenschaftlichen Forschungen den Institutionen der EU attestiert. So betont Peter Graf Kielmannsegg, dass die EU eben keine Kommunikationsgemeinschaft darstellt (Kielmannsegg 1995, S. 55), Dieter Grimm kommt zu dem Schluß dass es „auf längere Sicht weder eine europäische Öffentlichkeit noch einen europäischen politischen Diskurs geben wird“ (Grimm 1994, S. 44), Fritz Scharpf (1999, S. 674) betont „Europa fehlen die politischen Diskurse“, Victor Pérez-Díaz (1998, S. 221) behauptet, dass „the public sphere is perhaps the least developed component“ und auch Philip Schlesinger (1999) kommt in seiner Interpretation zu einem ähnlichen Ergebnis. Ich selbst hatte 1993 versucht, die Schwierigkeiten der Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit zu beschreiben (Gerhards 1993) und die eigene Diagnose jüngst auch empirisch aktualisiert (Gerhards 2000; 2001).

Es gibt aber Gegenstimmen und alternative Interpretationen des vermeintlichen Öffentlichkeitsdefizits der EU, die sich vor allem auf Entwicklungen einer europäischen Öffentlichkeit der letzten fünf Jahre beziehen. Klaus Eder und Cathleen Kantner (2000) gehen in einem neueren Beitrag mit der Öffentlichkeitsdefizithypothese hart ins Gericht, indem sie behaupten: „Die pauschale Unterstellung eines Öffentlichkeitsdefizits ist empirisch nicht gedeckt und theoretisch unfruchtbar“ (Eder/Kantner 2000, S. 307). Die beiden Autoren verweisen zur Absicherung ihrer Gegenthese u. a. auf mehrere öffentliche Debatten auf europäischer Ebene

in den letzten Jahren. Klaus Eder, Kai-Uwe Hellmann und Hans-Jörg Trenz formulieren in einem 1998 erschienen Artikel die These, dass es auf europäischer Ebene zur Entwicklung von neuen, aber funktional äquivalenten Formen der Öffentlichkeit gekommen sei, und illustrieren ihre Vorstellung einer europäischen Öffentlichkeit am Beispiel des Themas Migrationspolitik (Eder u. a. 1998). Christoph O. Meyer (2000) interpretiert die europaweite Diskussion über die Korruption der Kommission, die zum Rücktritt der Santer-Kommission geführt hat, als ein Anzeichen einer entstehenden europäischen Öffentlichkeit. Ganz ähnlich argumentiert Hans-Jörg Trenz (2000) in seinem Vergleich der medialen Berichterstattung über die Korruptionskrise der Kommission in spanischen und deutschen Medien. Und Marianne van de Steeg (2001) findet in ihrem Vergleich der spanischen und niederländischen Berichterstattung über die Osterweiterung der EU empirische Anzeichen einer Europäisierung der nationalen Öffentlichkeiten mit – zum Teil sogar – diskursivem Charakter.

Die empirische Frage, ob die EU denn nun ein Öffentlichkeitsdefizit aufweist oder nicht, wird innerhalb der Sozialwissenschaften also unterschiedlich beantwortet. Einer der Gründe für die unterschiedlichen Diagnosen mag damit zusammenhängen, dass der normative Bezugspunkt der Bewertung in den verschiedenen Diagnosen unterschiedlich ist. Denn „Defizit“ unterstellt ein normatives Kriterium der Bewertung, von dem aus etwas als defizitär beschrieben werden kann. Das Referenzkriterium, das in den Analysen zum Öffentlichkeitsdefizit der EU selten expliziert wird, ergibt sich aus den Annahmen normativer Öffentlichkeitstheorien. Ich möchte entsprechend in meinem Überblick über den Forschungsstand zum Thema Europäische Öffentlichkeit mit einer Explikation von zwei unterschiedlichen Öffentlichkeitsmodellen beginnen, die den verschiedenen Diagnosen als Bezugspunkt der Bewertung eines Öffentlichkeitsdefizits zugrunde liegen. Ich werde dann in einem zweiten Schritt den empirischen Kenntnisstand über das vermeintliche Öffentlichkeitsdefizit der EU bilanzieren und dazu auf die beiden normativen Öffentlichkeitsmodelle als Bezugspunkte der Bewertung zurückgreifen. In einem dritten Schritt, schließlich, werde ich einen Ausblick auf die Entwicklung einer europäischen Öffentlichkeit versuchen, indem ich nach den Ursachen eines vermeintlichen Öffentlichkeitsdefizits der EU frage.

1. Normative Vorstellungen von Öffentlichkeit

An anderer Stelle haben wir zwei normative Vorstellungen von Öffentlichkeit idealtypisch voneinander unterschieden: ein repräsentativ-liberales und ein deliberatives Modell von Öffentlichkeit (Gerhards 1997; Gerhards u. a. 1998). Beide Modellvorstellungen von Öffentlichkeit sind im Kontext von normativen Demokratietheorien entwickelt worden, und diese wiederum beziehen sich in der Regel auf nationalstaatlich verankerte Demokratien, wie sie nach der zweiten demokratischen Transformation (Dahl 1994) entstanden sind.

1.1 Das repräsentativ-liberale Modell von Öffentlichkeit

Die Wurzeln des repräsentativ-liberalen Modells von Öffentlichkeit gehen auf die Arbeiten von John Locke, John Stuart Mill (1861), Joseph Schumpeter (1942) und Anthony Downs (1957) zurück; sie sind durch neuere Überlegungen von Bruce Ackerman (1989) weitergeführt worden, die dieser in Auseinandersetzung mit Jürgen Habermas entwickelt hat. Das repräsentativ-liberale Kernmodell geht von folgenden Prämissen aus: Eine demokratische Verfasstheit des politischen Systems bedeutet bekanntlich, dass die Herstellung von kollektiv verbindlichen Entscheidungen an die Interessen und Willensbildungsprozesse der Staatsbürger gekoppelt ist. Eine solche Kopplung erfolgt vor allem und in erster Linie durch die Wahl. Die Staatsbürger wählen in periodischen Abständen diejenigen, die dann Herrschaftspositionen einnehmen können und

befugt sind, für die in einem Territorium lebenden Staatsbürger allgemein verbindliche Entscheidungen zu verabschieden und durchzusetzen, die aber zugleich bei der nächsten Wahl von den Herrschaftspositionen wieder entlassen werden können, wenn die Bürger sich nicht hinreichend repräsentiert fühlen.

Damit die Bürger aber überhaupt eine Wahlentscheidung treffen und beim nächsten Mal revidieren können, müssen sie die Möglichkeit haben, sich über die Repräsentanten und deren Konkurrenten vor den Wahlen hinreichend zu informieren. Sie müssen sich zugleich zwischen den Wahlen über die verschiedenen, von den Herrschaftsträgern geplanten und beschlossenen, Gesetze und die von der Opposition daran kritisierten Punkte informieren können. Die Möglichkeit, sich hinreichend zu informieren, wird von Robert Dahl (1989, S. 111 f.) entsprechend als eines der Kriterien eines demokratischen Prozesses genannt und als "enlightened understanding" bezeichnet. Genau diese Funktion der Informationsvermittlung, der Meinungsbildung und der Kontrolle der politischen Eliten kommt in dem repräsentativ-liberalem Modell einer politischen Öffentlichkeit zu. Öffentlichkeit ist in dem repräsentativ-liberalem Modell eine Beobachtungssystem, das, gleich einem Monitor, die von den Bürgern gewählten Vertreter und deren Konkurrenten in ihren Kommunikationsangeboten abbildet. Da die Herrschaftsträger von der Beobachtung durch die Bürger wissen und zugleich durch den Wahlmechanismus von der Zustimmung der Bürger abhängig sind, werden sie sich in ihren Kommunikationen an den Präferenzen der Bürger orientieren. Dies sichert die Responsivität der Herrschaftsträger gegenüber den Herrschaftsunterworfenen via Öffentlichkeit. Dabei konstituiert sich Öffentlichkeit unter Bedingungen von flächenstaatlichen Massendemokratien vor allem, und in erster Linie als massenmediale Öffentlichkeit. Allein die Massenmedien ermöglichen faktisch die dauerhafte Beobachtung von Politik durch die Bürger; alle Formen von der Präsenzöffentlichkeit sind für diese Leistungserbringung überfordert.

1.2 Das deliberative Modell von Öffentlichkeit

Von diesem repräsentativ-liberalen Modell kann man ein deliberatives Modell von Öffentlichkeit unterscheiden (vgl. Peters 1994). Dieses ist im Hinblick auf die Funktionen, die Öffentlichkeit erfüllen soll, wesentlich anspruchsvoller konzeptionalisiert. An anderer Stelle haben wir drei Dimensionen unterschieden, entlang derer man das liberal-repräsentative von einem deliberativen Öffentlichkeitsmodell unterscheiden kann (vgl. Gerhards 1997; Gerhards u. a. 1998).

a. Die erste Dimension bezieht sich auf das Ensemble der Sprecher, das die Öffentlichkeit beherrschen soll. Jürgen Habermas, neben Joshua Cohen, Amy Gutmann und Dennis Thompson der wohl international einflussreichste Vertreter einer diskursiven Öffentlichkeit, unterscheidet eine vermachtete Öffentlichkeit von einer autochthonen Öffentlichkeit (1992). Die Vorstellung des repräsentativ-liberalen Modells, dass die Öffentlichkeit von den Akteuren des Zentrums der Politik beherrscht werden soll, wird von Habermas als vermachtete Öffentlichkeit bezeichnet. Eine autochthone Öffentlichkeit, die als solche die normativ bevorzugte Öffentlichkeit ist, wird hingegen mitbestimmt von den Akteuren, die Habermas der Zivilgesellschaft zurechnet, bzw. von den Bürgern selbst. Eine gute Öffentlichkeit im Sinne des deliberativen Modells umschließt also die bürgernahen Gruppierungen der Zivilgesellschaft, die rückgekoppelt sind an die Interessen und Erfahrungen der Bürger.

b. Repräsentativ-liberale und deliberative Öffentlichkeitsmodelle unterscheiden sich aber nicht nur im Hinblick auf das Sprecher-Ensemble, das zu Wort kommen soll, also im Hinblick auf das „Wer“ der Kommunikation, sondern auch bezüglich des „Wie“ der Kommunikation. Während in repräsentativ-liberalen Modellen von Öffentlichkeit kaum Kriterien für ein richtiges

Kommunikationsverhalten der Sprecher formuliert werden, bildet das Kriterium der Diskursivität eines der zentralen Kriterien einer deliberativen Öffentlichkeitsvorstellung. In einer autochthonen Öffentlichkeit werden Positionen zu Themen mit Argumenten begründet, „also durch den geregelten Austausch von Informationen und Gründen zwischen Parteien, die Vorschläge einbringen und kritisch prüfen“ (Habermas 1992, S. 370). Neben der Angabe von Gründen bei der Formulierung von Aussagen ist eine dialogische Orientierung, das heißt, die Bezugnahme auf die Argumente der anderen Akteure, ein zweites Kriterium autochthoner Kommunikation. Beide zusammen stellen die Rationalität einer Debatte sicher.

c. Schließlich unterscheiden sich liberal-repräsentative und deliberative Öffentlichkeitsvorstellungen bezüglich der Frage, welche Gütekriterien sie an den Verlauf und das Resultat einer öffentlichen Debatte anlegen. Auch in diesem Punkt ist das Anspruchsniveau repräsentativ-liberaler Öffentlichkeitsvorstellungen eher zurückhaltend. Sind die verschiedenen Standpunkte der politischen Eliten öffentlich transparent geworden, ist das Ziel von Öffentlichkeit erreicht. Es ist dann die Aufgabe der gewählten Vertreter, Entscheidungen durch Mehrheitsbeschluss herzustellen. Anders votieren deliberative Vorstellungen von Öffentlichkeit: Das Resultat einer Diskussion einer autochthonen Öffentlichkeit besteht in einem diskursiv geprüften Konsens, zumindest in einer diskursiv abgeschliffenen Mehrheitsmeinung, während das Resultat einer Diskussion einer vermachteten Öffentlichkeit in einer administrativ erzeugten Macht besteht, einer beschafften Massenloyalität für Entscheidungen des Zentrums der Politik durch das Zentrum der Politik.

Fassen wir zusammen: Aus der Perspektive der repräsentativ-liberalen Theorie besteht eine gute Öffentlichkeit aus Kommunikationen gewählter Repräsentanten der Bürger, die miteinander um die Zustimmung der Bürger konkurrieren, indem sie ihre Positionen und Meinungen formulieren. Die Funktion von Öffentlichkeit besteht in der Erzeugung von Transparenz unterschiedlicher Positionen; ist diese Transparenz hergestellt, können die gewählten Vertreter über Mehrheitsentscheide kollektiv verbindliche Entscheidungen festlegen. Eine gute Öffentlichkeit im Sinn des deliberativen Modells umschließt hingegen die bürgernahen Gruppierungen der Zivilgesellschaft, sie wird auf der Basis von Argumenten und im Dialog miteinander geführt. Dies ist die Voraussetzung dafür, dass es zu Deliberationsprozessen kommen kann, die wahrscheinlich nicht zu einem Konsens, wohl aber zu einer Annäherung der Kommunikationspartner führen können.

2. Das Öffentlichkeitsdefizit der EU

Die beiden normativen Öffentlichkeitsmodelle wurden zwar im Kontext nationalstaatlicher Demokratie- und Öffentlichkeitsvorstellungen entwickelt, sie bilden aber zugleich auch die Referenzpunkte der Bewertung eines vermeintlichen europäischen Öffentlichkeitsdefizit. Ich werde entsprechend im zweiten Punkt meiner Ausführungen die beiden erläuterten normativen Öffentlichkeitstheorien als Bezugspunkte wählen, um die Literatur bezüglich eines vermeintlichen Öffentlichkeitsdefizits der EU zu bilanzieren. Unter welchen Bedingungen kann man von einem Öffentlichkeitsdefizit der EU sprechen und wie sehen die entsprechenden empirischen Befunde aus?

2.1 Das Öffentlichkeitsdefizit der EU im Horizont des liberal-repräsentativen Modells von Öffentlichkeit

Auf nationalstaatlicher Ebene besteht eine weitgehende Kongruenz (Held 1995) von Staatsbürgern, Herrschaftsträgern und Öffentlichkeit. Eine Kongruenz von Herrschaftsträgern und Bürgern liegt insofern vor, als diejenigen, die die Herrschaftsträger wählen dürfen, auch diejenigen sind, die den Beschlüssen der Herrschaftsträger unterworfen sind. Eine weitgehende

Kongruenz von Öffentlichkeit und Politik liegt insofern vor, als die massenmedialen Öffentlichkeiten der Nationalstaaten über die Herrschaftsträger und deren Konkurrenten informieren, und die Bürger sich auf der Basis dieser Informationen ihr Urteil bilden können. Wir wissen aus einer Vielzahl von Studien, dass vor allem die Massenmedien die zentralen Institutionen der Informationsvermittlung zwischen Bürger und Politik sind und dass die Bürger von dieser Möglichkeit der Beobachtung der Politik im nationalstaatlichen Rahmen auch hinreichend Gebrauch machen¹. Die Massenmedien bilden insofern die wichtigsten Informationsquellen der Bürger über Politik.

Mit der Europäisierung der Politik, im Sinne einer Verlagerung von Herrschaft von den Nationalstaaten auf die EU, kann dieses Kongruenzverhältnis ins Wanken geraten sein, was sich in einem Demokratiedefizit einerseits und in einem Öffentlichkeitsdefizit andererseits manifestieren kann. Das Demokratiedefizit der EU besteht bekanntlich darin, dass der Adressat von Herrschaftsbeschlüssen der EU – nämlich die Bürger Europas – nicht oder nur partiell identisch ist mit dem "demos", der die Herrschaftspositionen ausgewählt hat: Der Europäische Rat als Versammlung der Regierungschefs der verschiedenen Nationalstaaten und der Rat der Europäischen Union, bestehend aus den Fachministern der Länder, sind nicht unmittelbar von einem europäischen Volk gewählt, sondern indirekt legitimiert über die nationalen Wahlen; die Kommission ist weder direkt noch indirekt über Wahlen legitimiert, während aber die Bürger der EU unmittelbar den Beschlüssen des Rats und der Kommission unterworfen sind. Mit der Stärkung des europäischen Parlaments vor allem seit den Amsterdamer Verträgen und der Ausdehnung der Beteiligung des Parlaments an der Gesetzgebung ist das Demokratiedefizit insofern reduziert worden, als das Parlament ja aus europäischen Wahlen hervorgeht und von einem europäischen „demos“ gewählt wird; das Parlament bleibt aber im Vergleich zu den anderen Institutionen weiterhin wohl die schwächste europäische Institution.

Ein vom Demokratiedefizit zu unterscheidendes Öffentlichkeitsdefizit der EU bestünde dann, wenn politische Entscheidungen immer häufiger nicht von den Nationalstaaten, sondern von den Institutionen der EU gefällt würden, die Berichterstattung der Öffentlichkeit aber nationalstaatlich verhaftet bliebe und nur im geringen Maße von den europäischen Entscheidungen und Diskussionen der dortigen Entscheidungsträger berichtete; die Folge wäre, dass die Bürger nicht ausreichend von den Entscheidungen und Diskussionen informiert würden, die sie aber unmittelbar betreffen. Ein "enlightened understanding" im Sinne Dahls wäre damit nur mangelhaft möglich.

Ob die Kongruenz von politischen Entscheidungen einerseits und öffentlichen Kommunikationen über Entscheidungen und Entscheidungsträger mit der europäischen Integration auseinandergefallen ist, ist eine empirische Frage, die wiederum zwei Dimensionen aufweist: die Entwicklung der Europäisierung der politischen Entscheidungen einerseits und die Entwicklung der Europäisierung der Öffentlichkeit über die Entscheidungen und die Entscheidungsträger andererseits.

Dass sich politische Entscheidungen von der Ebene der Nationalstaaten auf die europäische Ebene verlagert haben, ist dabei durch eine Vielzahl von Indikatoren gut belegt. Marianne Beisheim u. a. (1999, S. 328) haben das Verhältnis von nationalen Rechtsakten zu europäischen Rechtsakten für verschiedene europäische Länder im Zeitverlauf 1961 bis 1985

¹ Über 80 % der Bürger der Bundesrepublik informieren sich tagtäglich über Politik über eines der Medien Fernsehen, Rundfunk und Zeitung, viele nutzen sogar mehrere Medien täglich, um sich über Politik zu informieren (vgl. Berg/Kiefer 1996, S. 183).

bestimmt; es zeigt sich eine kontinuierlicher Verlagerung der Entscheidungskompetenz von den Nationalstaaten auf die EU. Andreas Maurer, Wolfgang Wessels und Jürgen Mittag (2000) haben die Menge der europäischen Gesetze, die in Kraft und denen die Bürger der verschiedenen Mitgliedsstaaten der EU unterworfen sind, für den Zeitraum 1983 - 1998 erhoben; in dem analysierten Zeitraum steigt die Menge der Rechtsvorschriften der EU stetig und kontinuierlich an. Aber nicht nur ist der Anteil der europäischen Entscheidungen im Verhältnis zu den nationalen Entscheidungen gestiegen, parallel hat auch ein gewaltiger Auf- und Ausbau der europäischen politischen Institutionen stattgefunden, der sich u. a. in der Menge der Fachministerien (Räte) und der Fachbeamten der Kommission manifestiert (Wessels 1997). Es scheint mir empirisch unstrittig zu sein, dass die Staaten der EU zunehmend einen Teil der nationalen Souveränitätskompetenzen auf die EU übertragen haben, so dass die Nationalstaaten und die Bürger den Beschlüssen der EU zunehmend mehr unmittelbar unterworfen sind (Schmitter 1996).

Ist der Europäisierung der Politik aber eine Europäisierung der Öffentlichkeit gefolgt? Um auf diese Frage eine Antwort formulieren zu können, bedarf es einer begrifflichen Vorklärung. Ich hatte an anderer Stelle zwei verschiedene Modelle einer europäischen Öffentlichkeit diskutiert (vgl. 1993, S. 100): das Modell einer länderübergreifenden europäischen Öffentlichkeit einerseits und die Vorstellung einer Europäisierung der nationalen Öffentlichkeit andererseits (für eine weitere Differenzierung vgl. van de Steeg 2000). Unter einer länderübergreifenden europäischen Öffentlichkeit kann man sich ein einheitliches Mediensystem vorstellen, dessen Informationen und Inhalte in den verschiedenen Ländern der EU rezipiert werden. Ebenso, wie in den meisten Nationalstaaten die Mediensysteme über die Regionen und Länder hinweg die Territorialstaaten integrieren, ähnlich würde ein europäisches Mediensystem über die Nationalstaaten hinweg die Mitgliedstaaten Europas integrieren (Gerhards 1993, S. 100). Die Wahrscheinlichkeit, dass sich eine europäische Öffentlichkeit in diesem Sinn entwickeln wird, ist aber empirisch relativ gering (zur Begründung: vgl. Gerhards 1993 und 2000). Empirisch wahrscheinlicher scheint bestenfalls die Vorstellung einer Europäisierung der nationalen Öffentlichkeiten zu sein. Eine Europäisierung der nationalen Öffentlichkeiten würde dann vorliegen, wenn in den nationalen Öffentlichkeiten im Zeitverlauf auch immer stärker von den europäischen Entscheidungen und den die Entscheidung treffenden Eliten berichtet würde. Ob sich die Öffentlichkeit in ihrer Berichterstattung, ähnlich wie die Politik, europäisiert hat, ist eine empirisch offene und strittige Frage, zu der es zwei unterschiedliche Positionen gibt.

a. Ich selbst hatte in einem neueren Beitrag (Gerhards 2000) Daten, die Hans Matthias Kepplinger erhoben hatte, sekundär analysiert. Kepplinger hat die Berichterstattung über Politik in den Qualitätsmedien der Frankfurter Allgemeinen, der Süddeutschen Zeitung und der WELT für die Zeit von 1951 bis 1995 rekonstruiert. Kepplinger unterscheidet in seiner Analyse unterschiedliche Themen der Berichterstattung. Die verschiedenen Themengebiete wurden von mir zu drei Oberkategorien aggregiert: 1. Innere Angelegenheiten Deutschlands, 2. Themen aus dem Bereich europäischer Beziehungen und 3. Themen aus dem Bereich anderer internationaler Beziehungen. Analysiert man die europäischen Themen im Verhältnis zu den anderen transnationalen Themen und den innerdeutschen Themen, dann zeigt sich, dass die europäischen Themen diejenigen sind, die die geringste Medienaufmerksamkeit erhalten. Ihr durchschnittlicher Anteilswert über die Jahre (1951 - 1995) liegt bei 6,9 %. Die mediale Beschäftigung mit Europa ist im Zeitraum von 1961 bis 1990 leicht zurückgegangen, um dann in der letzten Zeitphase wieder auf das Niveau von 1961 bis 1965 zurückzukehren. Insgesamt aber zeigt sich ein relativ gleichbleibendes Niveau der Bearbeitung von europäischen Themen in der nationalen medialen Arena der Bundesrepublik (die grafische Darstellung der Befunde findet sich in Gerhards 2000; 2001). Dieses Ergebnis spricht für ein Öffentlichkeitsdefizit der

EU. Der Befund wird durch eine zweite Messung bestärkt, die sich nicht auf die Themen, sondern auf die Sprecher, die in den Medien zu Wort kommen, stützt. Eine Europäisierung der Öffentlichkeit läge nach dieser Messung dann vor, wenn der Anteil der europäischen Akteure – europäisches Parlament, Ministerrat, Kommission oder europäischer Gerichtshof – als Sprecher in den Medien im Zeitverlauf im Kontrast zu allen anderen Sprechern gestiegen wäre. Für die Auswertung wurden alle möglichen Urheber von Stellungnahmen dichotomisiert, in Sprecher der europäischen Institutionen einerseits und alle anderen Urheber von Stellungnahmen, seien es nationale oder außereuropäische Sprecher, andererseits. Die Auswertung dieser Operationalisierung einer Europäisierung der nationalen Öffentlichkeit zeigt, dass der Anteil der Urheber von Stellungnahmen, die den Institutionen der EU zuzuordnen sind, im Durchschnitt (1951 - 1995) bei 0,9 % liegt und im Zeitverlauf zwischen 0,5 % und 1,2 % schwankt. Eine klare Entwicklungsrichtung im Zeitverlauf ist nicht festzustellen; die Bedeutung der europäischen Institutionen als Urheber von Stellungnahmen bleibt konstant gering und mit durchschnittlich 0,9 % der Stellungnahmen fast bedeutungslos (genaue Analysen in Gerhards 2000; 2001). Auch im Hinblick auf diese zweite Messung einer Europäisierung der nationalen Öffentlichkeit lässt sich im Zeitverlauf keine Veränderung feststellen. Auch hier hinkt eine Europäisierung der Öffentlichkeit den Europäisierungsprozessen von Politik hinterher.

Welche Gegeneinwände lassen sich gegen diese Befunde formulieren? Zum einen ist sicherlich zu bemängeln, dass der benutzte Indikator eine recht schwache Operationalisierung des theoretischen Konstrukts darstellt; gerade im Hinblick auf die Erhebung der Themen wird es im Einzelfall sicherlich nicht einfach sein, zu unterscheiden, ob ein Thema ein europäisches oder eine nationales Thema ist. Zum zweiten enden die von Kepplinger erhobenen Daten mit dem Jahr 1995. Es ist nicht auszuschließen, dass sich seitdem die Berichterstattung über Europa verändert hat. Drittens schließlich beziehen sich die Analysen allein auf die Öffentlichkeit der Bundesrepublik; wir wissen nicht, ob es in anderen Ländern nicht andere Entwicklungsverläufe gegeben hat. Trotz dieser Einwände sind es aber bis dato die einzigen Daten, die zu einer Messung einer Europäisierung der nationalen Öffentlichkeit der Bundesrepublik zur Verfügung stehen.² Und entlang dieser Messung und mit Bezug auf das repräsentativ-liberale Öffentlichkeitsmodell ist die Rede von einem Öffentlichkeitsdefizit der EU berechtigt.

b. Zu dieser Diagnose gibt es Gegenpositionen. Von verschiedenen Autoren ist darauf hingewiesen worden, dass sich das Öffentlichkeitsdefizit der EU zumindest in der zweiten Hälfte der 90-er Jahre insofern verändert hat, als nun zunehmend mehr über die EU in den verschiedenen nationalstaatlich verankerten Öffentlichkeiten berichtet wurde. Beispiele wie die europaweite Diskussion über den BSE-Skandal, die Einführung des Euros und die öffentliche Debatte über den an die Kommission gerichteten Korruptionsvorwurf werden als Belege ins Feld geführt. Christoph O. Meyer (2000) einerseits und Hans-Jörg Trenz (2000) andererseits

² Christoph O. Meyer (2000, S. 122) berichtet von einer von der Kommission durchgeführten, nicht veröffentlichten Medienanalyse, in der die erste Hälfte der Jahre 1995 und 1997 miteinander verglichen wurden. Danach hat sich die Berichterstattung über die EU mehr als verdoppelt (4500 Artikel zu 11500 Artikel). Der Vergleich von zwei Zeitpunkten ist aber nicht besonders aussagekräftig, weil gerade in der Medienberichterstattung aktuelle Ereignisse im hohen Maße zu Buche schlagen können.

Eine Analyse der Berichterstattung der Tagesschau von 1952 bis 1998 über verschiedene Ereignisregionen der Welt findet sich in Peter Ludes (2000, S. 51 ff.). Die Daten sind aber nicht gut interpretierbar, weil zum einen die Prozentuierung vom Autor nicht richtig ausgewiesen wird, zum anderen für die verschiedenen Jahre nur jeweils einige Tage erhoben wurden, was zu starken situativen Schwankungen führt.

haben in unterschiedlichen Beiträgen den Korruptionsskandal der Kommission, der zum Rücktritt der Santer-Kommission am 16. März 1999 führte, genauer analysiert. Trenz kann in seiner Analyse der spanischen und deutschen Öffentlichkeit zeigen, dass es in beiden Ländern eine Synchronisation der medialen Thematisierung des Korruptionsvorwurfs gab, auch wenn die Interpretation und die Meinungsbildung in den beiden Ländern sehr unterschiedlich verlief. Christoph O. Meyer (2000) hat die Hintergrundsstruktur, die die Skandalisierung erst ermöglichte, sehr genau rekonstruiert.³ Sowohl Trenz als auch Meyer interpretieren ihre Fallanalyse als Beispiele einer sich in den 90-er Jahren entwickelnden Europäisierung der nationalen Öffentlichkeiten. Sie gehen davon aus, dass es entweder kein Öffentlichkeitsdefizit gibt oder dieses dabei ist, sich aufzulösen. Diese Diagnose weist nach meiner Ansicht zwei Probleme auf. Zum einen können die Autoren ihre These einer Bedeutungszunahme einer europäisierten nationalen Öffentlichkeit nicht empirisch durch Zeitreihenanalysen stützen, die aber allein zur Stützung der These geeignet wären. Bei den Studien handelt es sich um Fallbeschreibungen, die vorgenommene Generalisierung der Einzelbefunde scheint mir nur wenig empirisch abgesichert zu sein. Zum zweiten muss man bedenken, dass die Autoren Beispiele von Skandalkommunikationen beschreiben. Skandale stellen aber eine öffentliche Thematisierung abweichenden Verhaltens dar und bilden insofern nicht den Normalfall öffentlicher Kommunikation, in der die institutionalisierte Struktur einer Öffentlichkeit entscheidend determiniert, welche Themen diskutiert werden und wer als Sprecher in der Öffentlichkeit zu Wort kommt. Insofern sind die Fallanalysen nur insofern instruktiv, wenn sich an ihnen Strukturveränderungen einer europäischen Öffentlichkeit zeigen. Ob dies der Fall ist, soll später diskutiert werden.

Fassen wir die Literaturlage und die empirischen Befunde mit Bezugnahme auf die repräsentativ-liberale Öffentlichkeitsvorstellung zusammen: 1. Man muss feststellen, dass unser Wissenstand über den Grad der Europäisierung der nationalen Öffentlichkeiten sehr gering ist. Es fehlen schlichtweg ländervergleichende Zeitreihenanalysen, die eine fundierte Antwort ermöglichen können. 2. Die von mir ausgewerteten Daten von Kepplinger scheinen doch hinreichend valide zu sein, um Aussagen über das Öffentlichkeitsdefizit formulieren zu können, wenn man zwei Einschränkungen formuliert: Die Daten beziehen sich nur auf die Bundesrepublik und den Zeitraum von 1951 bis 1995 beziehen. Über Europa wird in der medialen Öffentlichkeit der Bundesrepublik im Zeitverlauf bis 1995 nicht zunehmend mehr berichtet, europäische Institutionen spielen als mediale Sprecher kaum eine Rolle. Damit ergibt sich eine Inkongruenz zwischen einer Europäisierung der politischen Entscheidungen einerseits und einer medialen Darstellung und Vermittlung europäischer Politik andererseits. Es gehört zu den Kernmerkmalen des repräsentativ-liberalen Modells, dass die Bürger über die Herrschaftsträger und deren Handlungen und Vorhaben informiert werden. Einer Verlagerung von Herrschaftsbefugnissen von den Nationalstaaten auf die EU scheint nun in keiner Weise einer Veränderung des Aufmerksamkeitsfokuses der Medien zu entsprechen: Die Öffentlichkeit hinkt einer Transnationalisierung der Politik hinterher, sie bleibt nationalstaatlich verhaftet,

³ Die Verfehlungen der Kommission – so Christoph O. Meyer (2000) – wurden durch eine Allianz einer multinational zusammengesetzten Gruppe von Journalisten auf die Agenda gesetzt, die in Form eines investigativen Journalismus recherchierte, Informationen austauschte, ihre Veröffentlichungen in den jeweiligen Heimatzeitungen koordinierte, dadurch flächendeckend die Medienagenda bestimmte, Intermedia-Agenda-Setting-Effekte auslöste, und durch Gruppenbildung sich gegenüber Sanktionen von Seiten ihrer Heimatredaktionen und der Kommission schützte. Hinzu kam eine enge Kooperation der Journalisten mit einigen Abgeordneten des Europaparlaments, was den Druck auf die Kommission erhöhte.

während sich die Politik europäisiert hat. 3. Ob dieser Befund für die Zeit nach 1995 immer noch gilt, ist eine empirisch offene Frage. Die Fallanalysen, die Trenz, van der Steeg und Meyer vorgelegt haben, sprechen eher dagegen.

2.2 Das Öffentlichkeitsdefizit der EU im Horizont des deliberativen Modells von Öffentlichkeit

Jürgen Habermas, einer der Nestoren des Konzepts deliberativer Öffentlichkeit auf der nationalstaatlichen Ebene, der jüngst im Kontext der Diskussion über eine europäische Verfassung auf Voraussetzungen einer europäischen Öffentlichkeit eingegangen ist, bleibt überraschenderweise in der Ausformulierung seiner Vorstellungen einer europäischen Öffentlichkeit relativ unbestimmt. Zwar betont er, dass eine europäische Öffentlichkeit auf „die vitalen Eingaben zivilgesellschaftlicher Akteure“ (Habermas 2001) angewiesen sei, wie genau aber eine europäische Öffentlichkeit beschaffen sein soll, bleibt unausgeführt. Deliberative Vorstellungen einer europäischen Öffentlichkeit sind vor allem von Klaus Eder und seinen Mitarbeitern Hans-Jörg Trenz, Kai-Uwe Hellmann und Cathleen Kantner entwickelt worden. Den Texten von Eder und Mitarbeitern unterliegen zum Teil unterschiedliche Modellvorstellungen einer europäischen Öffentlichkeit. Eines der Modellvorstellungen folgt aber weitgehend den Vorstellungen eines deliberativen Konzeptes. Deliberative Modelle von Öffentlichkeit unterscheiden sich, wie ich erläutert hatte, von liberalen Vorstellungen in drei Dimensionen, die sich dann auch bei der Beschreibung einer europäischen Öffentlichkeitsvorstellung wiederfinden:

a. Im Unterschied zu repräsentativ-liberalen Vorstellungen von Öffentlichkeit gehen Eder et al. davon aus, dass eine europäische Öffentlichkeit nicht allein von den europäischen Institutionen und den Entscheidungsträgern beherrscht werden, sondern den Einschluss von zivilgesellschaftlichen Akteuren beinhalten soll. Hans-Jörg Trenz und Klaus Eder (2000) unterscheiden verschiedene Konstellationen einer öffentlichen Debatte. Das Modell, das am ehesten ihren eigenen normativen Vorstellungen entgegen kommt, weil es „the strongest case for democracy“ (Trenz/Eder 2000, S. 19) darstellt, geht von der Vorstellung einer „public interaction between the institutional sphere of power and the organised interests of people“ (Trenz/Eder 2000, S. 17 f.) aus. In anderen Texten betonen Eder und Mitarbeiter immer wieder die Bedeutung der Inklusion der von Entscheidungen Betroffenen in die öffentliche Debatte (Eder u. a. 1998, S. 325). Schließlich nehmen sie in den Beispielen, die sie diskutieren, Bezug auf zivilgesellschaftliche Akteure, die die Debatte über Europa mitbestimmen sollen. Mit dieser Vorstellung knüpfen die Autoren an die Habermas'sche Vorstellung von Öffentlichkeit an: Öffentlichkeit soll auch auf europäischer Ebene neben den zentralen Akteuren des politischen Systems Europas auch die peripheren Akteure der Zivilgesellschaft umschließen.

b. Auch im Hinblick auf das „Wie“ der Kommunikation werden von Eder und Mitarbeitern die deliberativen Kriterien auf die Vorstellung einer europäischen Öffentlichkeit übertragen: Von diskursiver Willensbildung ist die Rede (Eder u. a. 1998, S. 324), oder von einem „argumentativ erzieltem Konsens“ (Eder u. a. 1998, S. 326), bzw. „von argumentativen Verfahren der Konfliktbearbeitung und Konsensbildung“ (Eder u. a. 1998, S. 335).

c. Schließlich finden sich bei der Beschreibung einer europäischen Öffentlichkeit auch die Kriterien wieder, die deliberative Vorstellungen an den Verlauf und das Ergebnisse öffentlicher Debatten anlegen. Nicht allein die Erzeugung von Transparenz ist das Ziel von öffentlichen Debatten, sondern die Initiierung von kollektiven Lernprozessen (Trenz: 2000), die Ermöglichung von Deliberation in dem Sinne, dass die Sprecher in der öffentlichen Debatte wechselseitig voneinander lernen und sich argumentativ annähern. Diskursiv hergestellte

Mehrheitsentscheide werden entsprechend von durch symbolische Politik hergestellte Zustimmungen unterschieden (Trenz 2000), wie immer das auch empirisch möglich sein soll; nur die ersteren können für sich den Anspruch reklamieren, legitimierte Entscheidungen zu sein.

Wir sehen also, dass auch für die Beschreibung der Konstitutionsbedingungen einer europäischen Öffentlichkeit von manchen Sozialwissenschaftlern die Kriterien einer deliberativen Öffentlichkeit in Anschlag gebracht werden. Wie verhält sich die Empirie zu diesen normativen Anspruchskriterien? Die Autoren sehen die Kriterien einer deliberativen Öffentlichkeitsvorstellung auf europäischer Ebene relativ weitgehend implementiert. Dieser Befund ist insofern überraschend, als die Kriterien des deliberativen Modells weit anspruchsvoller sind als die des repräsentativ-liberalen Modells. Und der Befund ist auch kontraintuitiv, weil man mit Robert Dahl (1994) annehmen kann, dass je aggregierter Entscheidungsprozesse stattfinden und je weiter die Entscheidungsinstanz von den Herrschaftsunterworfenen entfernt ist, desto geringer die Einflusschancen der lebensweltlich gebundenen Interessensgruppen.

Eder und Mitarbeiter kommen aber zu einer positiven Einschätzung der Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit, weil sie sich unter der Hand von der Vorstellung einer demokratischen europäischen Öffentlichkeit verabschieden und ein Plädoyer für eine Eliten-Öffentlichkeit formulieren, die allerdings um zivilgesellschaftliche Akteure erweitert ist. Die Autoren illustrieren ihre Modellvorstellung einer europäischen Öffentlichkeit am Beispiel des Themas Migrationspolitik und der Kommunikationsnetzwerke von Gruppierungen, die um dieses Thema herum auf europäischer Ebene entstanden sind. Akteure dieser Netzwerke sind, so die Autoren, die Gremien der EU, die das Zentrum des politischen Systems repräsentieren, andererseits verschiedene Gruppierungen der Zivilgesellschaft, die die Interessen der Angehörigen der Nicht-EU-Staaten formulieren. Zu den Sprechern der Peripherie gehören die Kirchen, verschiedene NGOs und vor allem das Migrantenforum in Brüssel, das sich aus den verschiedenen nationalen Migrantenverbänden zusammensetzt. Zusammen mit den Entscheidungsträgern der Kommission und des Parlaments diskutieren diese ihre Vorstellungen eines offenen Europas und versuchen unmittelbar Einfluss zu nehmen auf den politischen Entscheidungsprozess.

Welches sind die Merkmale des am Beispiel der Migrationspolitik entwickelten Modells einer deliberativen europäischen Öffentlichkeit? Bei dem Modell handelt sich a. um eine thematisch zentrierte Öffentlichkeit (issue-spezifisch oder politikfeldspezifisch), b. um eine Öffentlichkeit von Eliten und Gegeneliten, c. um eine Präsenzöffentlichkeit, und nicht um eine medial vermittelte Öffentlichkeit, deren Debatten d. auf Entscheidungsverfahren der EU mehr oder weniger direkt bezogen sind.⁴ Die diesem Modell zugrunde gelegte Öffentlichkeitsvorstellung ähnelt der Idee des „deliberativen Supranationalismus“ – darauf verweist Trenz (2000, S. 334) selbst –, wie sie von Christian Joerges und Jürgen Neyer (1998) am Beispiel des Ausschusswesens der EU diskutiert wurde.⁵

⁴ „Das zu erwartende Ergebnis ist eine parallel zu den Routineoperationen des Verwaltungshandelns laufende Sektoralisierung öffentlicher Kommunikationsprozesse in der Form hochspezialisierter Netzwerke, durch die politische Entscheider, Experten und Vertreter von Betroffenen in ein dauerhaftes Kommunikations- und Austauschverhältnis gestellt werden und in unterschiedlichem Grade an der Gestaltung europäischen Regierens beteiligt sind“ (Trenz 2000, S. 334).

⁵ Christian Joerges und Jürgen Neyer (1998) sehen in den auf der EU-Ebene tätigen Komitees eine neue Form des Regierens implementiert, die für sich eine besondere Legitimität beanspruchen kann, weil hier eine Vielzahl an Interessen berücksichtigt werden, die gezwungen werden, mit Argumenten ihre

Der entscheidende Unterschied zwischen Joerges und Neyer einerseits und Eder und Mitarbeitern andererseits besteht aber darin, dass Joerges und Neyer ihre Modellvorstellung auf das Entscheidungssystem der EU beziehen, Eder et al. aber auf die Öffentlichkeit der EU.⁶ Ich bin nicht davon überzeugt, dass die von Eder u. a. skizzierten Formen der Präsenzöffentlichkeit von Eliten und Gegeneliten ein funktionales Äquivalent für eine massenmediale Öffentlichkeit darstellen können und werden, weil es sich bei dem skizzierten Modell im Kern um ein deliberatives Verfahren des Lobbying und des Mitregierens handelt und nicht um die Herstellung von Öffentlichkeit. Das Kernmerkmal einer demokratischen Öffentlichkeit besteht eben darin, dass sie öffentlich ist, damit sich potentiell alle Bürger (demos) informieren und ihre Meinung bilden können.⁷ Eine solche Inklusion der freien und gleichen Bürger in den öffentlichen Diskurs – so der von Eder, Hellmann und Trenz (1998, S. 322) selbst formulierte Standard – lässt sich aber allein massenmedial und nicht über eine Präsenzöffentlichkeit von Eliten realisieren.⁸ Hinzu kommt, dass das von Eder und Mitarbeitern favorisierte Modell der Präsenzöffentlichkeit in der Gefahr steht, im hohen Maße selektiv zu sein, im Hinblick auf die Interessenvertretungen, die mobilisierungsfähig sind bzw. denen Gehör geschenkt wird. So ist auffallend, dass in dem von den Autoren diskutierten Beispiel der Migrationspolitik allein die zivilgesellschaftlichen Akteure, die sich für eine offene Migrationspolitik einsetzen, in Brüssel repräsentiert sind und Einfluss auf den politischen Entscheidungsprozess nehmen. Dass es neben diesen auch Bürger gibt, die eine stärkere Schließung von Grenzen wünschen, und diese offensichtlich keine Interessensgruppenrepräsentanz in Brüssel erfahren, zeigt die Selektivität solcher Verfahren, die von den Autoren nicht bemerkt bzw. nicht erwähnt wird. Es gibt also zwei Gründe, die gegen das von Eder und Mitarbeiter favorisierte Modell einer deliberativen europäischen Öffentlichkeit sprechen: Zum einen handelt es sich nicht eigentlich um eine europäische Öffentlichkeit, insofern die Verfahren für die Bürger Europas nicht öffentlich sind, zum zweiten stehen diese Verfahren in der Gefahr, hochgradig selektiv zu sein in der Berücksichtigung bestimmter Interessen bei Ausschluss anderer Interessen.⁹ Vor allem

Positionen zu formulieren und andere von ihrem Standpunkt zu überzeugen. Dadurch wird einerseits eine Inklusion einer Vielzahl nationaler und nach Interessensgruppen strukturierter Interessen erreicht, zugleich werden diese in einen Deliberationsprozess einbezogen, in dem Überzeugungskraft und Argumente die entscheidende Währung sind.

⁶ „Der Aufbau nicht-hierarchischer deliberativer Strukturen des *Regierens* (Hervorhebung von JG) erweist sich als unabdingbare Voraussetzung für das Funktionieren des gemeinsamen Marktes. Diese Art des Regierens kann nicht mit Anweisungen und Kontrollen operieren, sondern muss argumentativ vorgehen, auf Überzeugungsfähigkeit und Einsichtsbereitschaft setzen“ (Joerges/Neyer 1998, S. 230).

⁷ Entsprechend betont Robert Dahl (1989, S. 111) in der oben zitierten Textstelle, dass *jeder* Bürger die Gelegenheit haben muss, sich zu informieren.

⁸ Das Konzept einer europäischen Öffentlichkeit, wie es von Eder und Mitarbeitern formuliert wurde, schleppt damit all die Probleme mit sich, die der Idee einer deliberativen Öffentlichkeit, die von Habermas am Modell einer bürgerlichen Öffentlichkeit am Beispiel von Salons und Kaffeehäuser entwickelt wurde, von Beginn an eigen war: Das Konzept ist nicht transferierbar auf Gesellschaften, die die Größe von Stadtstaaten wie Athen überschritten haben, weil es zu einer weitgehenden Exklusion der Bürger, führt, die aber als Volk in einer demokratischen Öffentlichkeit die dominante Bezugsgröße darstellen. Klaus Eder und Kathleen Kantner (2000, S. 315) beziehen sich unmittelbar auf die, bei Habermas entwickelte, Öffentlichkeitsvorstellung „Die empirische Grundlegung eines diskurstheoretischen Öffentlichkeitsbegriffs kann an die klassischen, im 19. Jahrhundert entstandenen Vorstellungen von Öffentlichkeit als einem Netzwerk bürgerlicher Gruppen anknüpfen.“

⁹ „In gleicher Weise wie die intergouvernementalen Verhandlungen gefährden

Han-Jörg Trenz sieht in der neuesten Veröffentlichung (2000) diese Probleme, erhofft sich allerdings von einer strukturellen Kopplung verschiedener Ebenen von Öffentlichkeit eine Lösung. Welches aber die sozialen Bedingungen der Möglichkeit solcher Kopplungen sind, bleibt unausgeführt.

Am Ende dieses zweiten Kapitels meiner Ausführungen, in dem ich versucht habe, den Literaturstand zum Thema Öffentlichkeitsdefizit der EU mit Bezug auf die beiden normativen Öffentlichkeitsmodelle zu bilanzieren, stehe ich mit einem ambivalenten, aber auch überraschenden Befund da. Entlang der Bewertungskriterien des repräsentativ-liberalen Modells muss man wohl bis zum Jahr 1995 für die Bundesrepublik von einem Öffentlichkeitsdefizit der EU ausgehen. Die Empirie weicht von den normativen Erwartungen ab und insofern ist die Rede vom Öffentlichkeitsdefizit berechtigt. Entlang der Bewertungskriterien des deliberativen Modells ist dies überraschenderweise in geringerem Maße der Fall. Dies scheint mir aber weniger der Abweichung der Empirie von den normativen Bewertungskriterien des deliberativen Modells geschuldet zu sein, als vielmehr der Anpassung der Theorie an die Empirie. Im Kern handelt es sich bei dem vorgeschlagenen Modell nicht um eine Modellvorstellung einer demokratischen Öffentlichkeit.

3. Perspektiven der Veränderung des Öffentlichkeitsdefizits der EU

Ich knüpfe im Folgenden an die von einigen Autoren geäußerte Vermutung an, dass sich das Öffentlichkeitsdefizit der EU seit den 90-er Jahren, wenn nicht ausgeglichen, so doch merklich verbessert hat. Will man Hypothesen über mögliche Veränderungen einer europäischen Öffentlichkeit formulieren, so ist es sinnvoll, Hypothesen über die Ursachen des Öffentlichkeitsdefizits zu explizieren. Nur wenn sich die Ursachenfaktoren ändern, wird sich auch die Öffentlichkeit ändern. Eine Europäisierung der nationalen medialen Öffentlichkeiten hängt von einer Vielzahl von Faktoren ab, die zum Teil auf der Ebene der EU, zum Teil auf der Ebene der verschiedenen Nationalstaaten gelagert sind und entsprechend auch unterschiedliche Grade der Europäisierung nationalstaatlicher Öffentlichkeiten erklären können. Ich konzentriere mich auf die europäische Ebene und systematisiere allein die wichtigsten Gründe entlang einer Einteilung in drei Faktoren (vgl. Gerhards 1993, S. 102; ähnlich Neidhardt u. a. 2000)¹⁰:

1. Um über Aktivitäten der EU und europäische Themen medial zu berichten, bedarf es der Journalisten. Die Bereitschaft der Journalisten, über europäische Themen zu berichten, hängt zum einen von den Präferenzen, zum zweiten von den Ressourcen für eine europäische Berichterstattung ab. Im Hinblick auf die Ressourcenausstattung mit Personal hat Christoph O. Meyer (2000) gezeigt, dass die Menge der in Brüssel akkreditierten Journalisten seit dem Ende der 80-er Jahre kontinuierlich, vor allem aber nach dem Vertrag von Maastricht, angestiegen ist. Im Zeitraum von 1987 bis 1999 hat sich die Menge der in Brüssel akkreditierten Journalisten von 480 auf 820 erhöht. Dies ist eine Steigerung von 85,4 %. Damit haben sich die infrastrukturellen Bedingungen der Medien für eine Berichterstattung über Europa deutlich

Interessengruppennetzwerke die parlamentarische Legitimation. Sie tun dies, indem sie die Entscheidungsfindung der öffentlichen Debatte entziehen und in informelle, nicht transparente, meistens elitäre, jedenfalls selektive Verhandlungsgremien verlagern“ (Benz 1998, S. 355).

¹⁰ Die im Folgenden diskutierten Ursachen sind weitgehend bereits an anderer Stelle genannt worden (Gerhards 1993; Gerhards 2000).

verbessert. Ob sich auch die Präferenzen der Journalisten, über Europa zu berichten, verändert haben, hängt unter Marktbedingungen entscheidend von den Präferenzen des Publikums ab. Journalisten orientieren sich, wie man aus der Massenmedienforschung wissen kann, u. a. an dem Nachrichtenwert von Informationen und dieser wiederum wird von den Selektivitäten des Publikums mitbestimmt.

2. Wovon hängt entsprechend, zweitens, die Aufmerksamkeit des Publikums für europäische Themen ab? Auch hier ist es analytisch sinnvoll, zwischen Ressourcen und Präferenzen zu unterscheiden. Die Ressourcen des Zugangs zu den (nationalen) Medien sind gegeben: Die Versorgungsdichte mit Fernsehern, Radios und Zeitungen ist hervorragend und die Bürger machen auch hinreichend von den Medien zur Information über Politik Gebrauch. Nur über welche Politik wollen sie informiert werden? Die Attraktivität und Wichtigkeit europäischer Themen hängen zum einen von der Betroffenheit der Bürger von politischen Entscheidungen der EU (b), zum Zweiten von der Personalisierungsmöglichkeit von Politik und drittens von den Einflussmöglichkeiten der Bürger auf Politik (c) ab.

a. In dem Maße, indem die europäische Union in der Begrifflichkeit von Fritz W. Scharpf von einem Projekt der negativen Integration auf ein Projekt der positiven Integration umgestellt wird,¹¹ in dem Maße steigt der Grad der „obtrusivness“ der Themen (Zucker 1978), die verhandelt werden und in dem Maße steigt die Aufmerksamkeit der Bürger für europäische Themen. Ein Wandel von einer Negativ-Integration zu einer Positiv-Integration scheint aber gerade mit der Vertiefung und der Erweiterung stattzufinden, so dass ich vermute, dass sich die Aufmerksamkeitsbereitschaft des Publikums für europäische Themen steigern wird und schon gestiegen ist.

b. Die Europäische Union ist von verschiedenen Autoren als ein dynamisches Mehrebenensystem (vgl. Jachtenfuchs und Kohler-Koch 1996) beschrieben worden. Damit ist gemeint, dass es eine Pluralisierung von Steuerungsebenen gibt, die von den Regionen, über die Nationalstaaten bis hin zu den verschiedenen Institutionen der EU reichen. Verflechtungsbeziehungen dieser Art lassen keinen eindeutigen Akteur, der für Entscheidungen zuständig ist und dem Verantwortung zugerechnet werden kann, erkennen (Lepsius 1997); eine für eine Medienresonanz so wichtige Personalisierung der Politik wird dadurch erschwert. Zudem sind die sehr komplexen, durch Verwaltungsrationalität bestimmten Abstimmungsprozesse der EU (Bach 1999) kaum zu durchschauen und damit nicht sonderlich medienwirksam; sie lassen viele Nachrichtenfaktoren vermissen, an denen sich die Medien in ihrer Selektion von Informationen orientieren. Die EU bleibt damit letztlich konturlos und überkomplex, und dies erschwert eine mediale Berichterstattung über die EU.

c. Die Aufmerksamkeit des Publikums für europäische Themen hängt weiterhin von den Einflussmöglichkeiten der Bürger auf die europäische Politik ab: Denn interessanterweise war in den Momenten, in denen die Mitbestimmungsmöglichkeiten der Bürger über europäische Belange groß war, wie in den Ländern, in denen Referenden zum Maastrichter Vertrag abgehalten wurden, auch die öffentliche Debatte über Europa groß. Insofern kann man vermuten, dass eine Erweiterung der unmittelbaren Entscheidungsmacht der Bürger – sei es durch direkte Wahlen, sei es durch eine Stärkung des Parlaments – die politischen Akteure zu

¹¹ Fritz W. Scharpf (1996, S. 109) unterscheidet zwischen negativer und positiver Integration; negative Integration meint die politische Herstellung eines freien Binnenmarktes und die Beseitigung von Handelshemmnissen, positive Integration meint die inhaltliche Gestaltung der europäischen Gemeinschaft, z. B. durch eine Sozialpolitik.

einer Legitimation ihrer Handlungsoptionen vor den Bürgern zwingt, und damit die öffentliche Debatte in Gang gesetzt wird. Insofern kann man erwarten, dass eine Demokratisierung der EU die Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit beflügeln würde. Dies leitet zum nächsten Punkt über:

3. Öffentlichkeit hängt schließlich und wahrscheinlich am bedeutsamsten von den Ressourcen und Präferenzen der politischen Akteure ab, ihre Themen, Positionen und sich selbst medial zu vermitteln. Medien sind in erster Linie Medien, die auf den Input an Informationen von extramedialen politischen Akteuren reagieren und diesen häufig einfach nur weiterleiten. Dies ist ein hinlänglich gesicherter Befund aus der Massenkommunikationsforschung und rechtfertigt auch die – wenn auch überspitzte – These, Massenmedien als ein parasitäres System des politischen Systems zu beschreiben (vgl. Gerhards 1999, S. 170). Bei der Beurteilung der Präferenzen und Ressourcen der extramedialen, politischen Akteure, die die Medien beliefern, um sich selbst in den Medien darzustellen, ist es sinnvoll, zwischen verschiedenen Akteuren zu unterscheiden.

a. Für die Interessensgruppen und soziale Bewegungen gibt es grundsätzlich zwei Möglichkeiten, ihre Interessen politisch durchzusetzen: zum einen durch Lobbying, zum anderen durch die Mobilisierung öffentlicher Meinung via Massenmedien. Die Repräsentanz der Interessengruppen in Brüssel hat sich im Zeitverlauf enorm verbessert (Wessels 1997, S. 276; vgl. die Zusammenstellung anderer Daten in Rucht 2000) und insofern hat sich die Ressourcenlage der Interessengruppen zur Beeinflussung der öffentlichen Agenda verbessert. Diese versuchen aber in erster Linie, ihre Interessen über den Weg des Lobbying oder über die von Eder und Mitarbeitern beschriebene Formen der deliberativen Präsenzöffentlichkeit zu lancieren. Dass sie diesen Weg gehen, hat mit der besonderen politischen Gelegenheitsstruktur der EU zu tun (Marks/McAdam 1999; Miller/Schlesinger 2000): Die Kommission erweist sich, wenn ich die Literatur hier richtig einschätze, gegenüber einer Vielzahl von Interessengruppen als überaus sensibel und offen, die Vielzahl an Gremien und Komitees bieten gute Einflussmöglichkeiten zur Vermittlung eigener Interessen. Die Offenheit der europäischen politischen Gelegenheitsstruktur für Lobbying bedeutet aber im Gegenzug ein relativ geringes Interesse der Interessensgruppen, über die Mobilisierung der Medien ihre Themen und Interessen zu lancieren. Diese Interpretation deckt sich mit dem Befund von Dieter Rucht im Hinblick auf die europäischen Aktivitäten der sozialen Bewegungen: Rucht kann zeigen, dass einerseits die Repräsentanz der Bewegungen in Brüssel enorm angestiegen ist, andererseits die Menge an Protestaktionen in der Bundesrepublik, die auf Europa bezogen sind und die über die Medien vermittelt werden, nicht gestiegen ist.

a. Die Ressourcenausstattung der Kommission zur Beeinflussung der Medien hat sich seit 1994 enorm verbessert. Dies zeigt sich zum einen in der Menge der Haushaltsmittel, die für die Informationspolitik ausgegeben wurden (Gramberger 1997, S. 270), zum anderen in einer eingeleiteten Professionalisierung der Öffentlichkeitsarbeit.¹² Die Öffentlichkeitsorientierung der Kommission ist aber trotz guter Ressourcenausstattung aus strukturellen Gründen recht schwach ausgebildet. Die Kommissare werden nicht von den Bürgern Europas gewählt, sie benötigen in erster Linie die Rückendeckung der jeweiligen nationalen Regierung, von denen sie vorgeschlagen werden; sie bedürfen aber nicht der Unterstützung einer Wählerschaft der Bürger. Damit entfällt für die Kommissare die Notwendigkeit, sich über die Öffentlichkeit

¹² Marc R. Gramberger (1997) macht in seiner, sehr gründlich recherchierten, Dissertation über die Entwicklung der Öffentlichkeitsarbeit der Kommission die Maastrichter Krise für einen fundamentalen Wandel der Öffentlichkeitsarbeit der Kommission verantwortlich.

vermittelt um die Zustimmung der Bürger bemühen zu müssen, eine strukturell angelegten Öffentlichkeitsabstinenz der Kommission ist die Folge.

b. Die Nicht-Öffentlichkeit der Ministerratstagungen und die meist einvernehmliche Öffentlichkeitspräsentation des Ministerrats nach der Tagung ohne die Artikulation von Konflikten und Gegenmeinungen ist einer Medienaufmerksamkeit abträglich. Dabei hat der Ministerrat ein strukturell stärkeres Interesse an einer Öffentlichkeitsarbeit als die Kommission; dieses ist aber nationalstaatlich und nicht europäisch orientiert. Die Regierungschefs und die jeweiligen Minister sind nicht von einem europäischen Wahlvolk, sondern von den Bürgern eines Landes gewählt und müssen sich diesen gegenüber verantworten und vor diesen für sich und ihre Politik werben. Dies macht die Betonung nationaler Interessen auf Kosten einer europäischen Orientierung wahrscheinlich.

c. Das europäische Parlament, als das institutionalisierte Gegengewicht zur Kommission und zum Ministerrat, verfügt zwar über eine stärkere Öffentlichkeitsorientierung, ist aber mit schwachen, wenn auch seit dem Vertrag von Amsterdam gestiegenen, Einflußmöglichkeiten ausgestattet und nur begrenzt in der Lage, Entscheidungen und Entscheidungsabsichten des geschlossenen Arkanbereichs der europäischen Politik in die Öffentlichkeit zu transportieren. Hier zeichnet sich zwar zunehmend mehr eine die nationalstaatlichen Konfliktlinien transzendierende Fraktionierung nach ideologischen Lagern ab, die für eine nicht nationalstaatlich versäulte Meinungsbildung wichtig ist, diese Entwicklung steckt aber noch in den Anfängen.

Die zentrale Erklärung für die geringe Öffentlichkeitsneigung der Akteure des Zentrums der EU, und damit für das Öffentlichkeitsdefizit der EU, liegt nach meiner Ansicht darin, dass diese nicht gezwungen sind, für sich und ihre Themen und in Konkurrenz zu anderen Akteuren vor den Bürgern öffentlich zu werben; und sie sind nicht dazu gezwungen, weil sie nicht über Wahlen oder Referenden an die Präferenzen der Bürger Europas gekoppelt sind. Das Öffentlichkeitsdefizit ist in diesem Sinne dem Demokratiedefizit nachgelagert. Eine Demokratisierung der EU – sei es durch eine stärkere Parlamentarisierung, sei es durch Einführung von Referenden oder Direktwahlen – würde zugleich das Öffentlichkeitsdefizit wahrscheinlich weitgehend beheben.

Ob allerdings eine Demokratisierung der EU ein sinnvolles Unterfangen ist und nicht mit kaum lösbaren Folgeproblemen verbunden sein würde, ist zwar nicht das Thema dieses Artikels, kann aber am Ende nicht völlig unerwähnt bleiben, weil hier ein Dilemma sichtbar wird. Eine Demokratisierung der EU bedeutet u. a. die Institutionalisierung demokratisch legitimierter Mehrheitsentscheide. Dies setzt aber voraus, dass Mehrheitsentscheide von den Minderheiten übernommen und akzeptiert werden. Manche Autoren sehen diese Bereitschaft nur dann als gegeben an, wenn es zwischen den Völkern Europas ein Minimum an Wir-Bewusstsein, eine europäische Identität gibt (Kielmannsegg 1996; Lepsius 1997; Abromeit/Schmidt 1998). Gerade dafür sind die Bedingungen aber nicht in einem hinreichenden Maße gegeben und werden sich mit der Osterweiterung der EU auf Grund der Heterogenität der neuen Mitgliedsländern wahrscheinlich eher verschlechtern als verbessern. Eine Auflösung des Dilemmas – das Öffentlichkeitsdefizit der EU kann vor allem und in erster Linie durch eine Demokratisierung der EU erreicht werden, einer Demokratisierung sind aber enge Grenzen gesetzt – ist dabei nicht in Sicht.

Literatur

Abromeit, Heidrun/Schmidt, Thomas (1998), „Grenzprobleme der Demokratie: konzeptionelle Überlegungen“, in: Beate Kohler-Koch (Hg.), Regieren in entgrenzten Räumen. Sonderheft 29 der PVS, Opladen, S. 293- 320.

Ackerman, Bruce (1989), „Why Dialogue?“, in: Journal of Philosophy 86, , S. 5-22.

Bach, Maurizio (1999), Die Bürokratisierung Europas: Verwaltungseliten, Experten und politische Legitimation in Europa, Frankfurt am Main.

Beisheim, Marianne/Dreher, Sabine/Walter, Gregor/Zangl, Bernhard/ Zürn, Michael (1999), Im Zeitalter der Globalisierung? Thesen und Daten zur gesellschaftlichen und politische Denationalisierung, Baden-Baden.

Benz, Arthur (1998), „Ansatzpunkte für ein europäisches Demokratiekonzept“, in: Beate Kohler-Koch (Hg.), Regieren in entgrenzten Räumen. Sonderheft 29 der PVS, Opladen S. 345-369.

Berg, Klaus/Kiefer, Marie-Luise (1996), Massenkommunikation V. Eine Langzeitstudie zur Mediennutzung 1964-1995, Baden-Baden.

Dahl, Robert A. (1989), Democracy and its Critics, New Haven/London.

Dahl, Robert A. (1994), „A Democratic Dilemma: System Effectiveness versus Citizen Participation“, in: Political Science Quarterly 109, S. 23-34.

Downs, Anthony (1957), An Economic Theory of Democracy, New York.

Eder, Klaus/Trenz, Hans-Jörg (2001), „The Making of a European Public Space: An Inquiry into Relating Surpanational Politics and Trannational Spaces of Communication“, in: Beate Kohler-Koch (Hg.), Linking EU and National Governnachen, Oxford.

Eder, Klaus/Kantner, Cathleen (2000), „Transnationale Resonanzstrukturen in Europa“, in: Maurizio Bach (Hg.), Die Europäisierung nationaler Gesellschaften. Sonderheft 40 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Opladen, S. 306-331.

Eder, Klaus/ Hellmann, Kai-Uwe/ Trenz, Hans-Jörg (1998), „Regieren in Europa jenseits der öffentlichen Kommunikation? Eine Untersuchung zur Rolle von politischer Öffentlichkeit in Europa“, in: Beate Kohler-Koch (Hg.), Regieren in entgrenzten Räumen. Sonderheft 29 der PVS, Opladen, S. 321-344.

Gerhards, Jürgen (1993), „Westeuropäische Integration und die Schwierigkeiten der Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit“, Zeitschrift für Soziologie 22, S. 96-110.

Gerhards, Jürgen (1997), „Diskursive versus liberale Öffentlichkeit: Eine empirische Auseinandersetzung mit Jürgen Habermas“, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 49, S. 1-39.

Gerhards, Jürgen (1999), „Wie responsiv sind die Massenmedien? Theoretische Überlegungen und empirische Ergebnisse zum Verhältnis von Medien und Politik“, in: Jürgen Gerhards und Ronald Hitzler (Hg.), Eigendynamik und Rationalität sozialer Prozesse. Festschrift zum 65. Geburtstag von Friedhelm Neidhardt, Opladen, S. 145-173.

Gerhards, Jürgen (2000), „Europäisierung von Ökonomie und Politik und die Trägheit der Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit“, in: (Hg. Maurizio Bach), Sonderheft 40 der

Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Die Europäisierung nationaler Gesellschaften, Opladen, S. 277-305.

Gerhards, Jürgen (2001), „Missing a European Public Sphere“, erscheint in: Martin Kohli und Mojca Novak (Hg.), Will Europe Work.

Gerhards, Jürgen/Neidhardt, Friedhelm/Rucht, Dieter (1998), Zwischen Diskurs und Palaver: Strukturen öffentliche Meinungsbildung am Beispiel des Abtreibungsdiskurses in der Bundesrepublik, Opladen.

Gerhards, Jürgen/Rössel, Jörg (1999), „Zur Transnationalisierung der Gesellschaft der Bundesrepublik. Entwicklungen, Ursachen und mögliche Folgen für die europäische Integration“, Zeitschrift für Soziologie 28, S. 325-344.

Gramberger, Marc R./Lehmann, Ingrid (1995), „UN und EU: Machtlos im Kreuzfeuer der Politik? Informationspolitik zweier internationaler Organisationen im Vergleich“, Publizistik 40, S. 186-204.

Gramberger, Marc R. (1997), Die Öffentlichkeitsarbeit der Europäischen Kommission 1952-1996. PR zur Legitimation von Integration?, Baden-Baden.

Grimm, Dieter (1995), Braucht Europa eine Verfassung?, München.

Gutmann, Amy/Thompson, Dennis (1996), Democracy and Disagreement, Cambridge, MA.

Habermas, Jürgen (2001), „Warum braucht Europa eine Verfassung?“, in: DIE ZEIT, 27, 28. Juni 2001, S. 7.

Habermas, Jürgen (1992), Faktizität und Geltung: Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats, Frankfurt am Main.

Habermas, Jürgen (1996), „Drei normative Theorien der Demokratie“, in: ders. (Hg), Die Einbeziehung des Anderen. Studien zur politischen Theorie, Frankfurt am Main, S. 277-292.

Habermas, Jürgen (1996a), „Braucht Europa eine Verfassung? Eine Bemerkung zu Dieter Grimm“, in: ders., Die Einbeziehung des Anderen. Frankfurt am Main, S. 185-191.

Held, David (1995), Democracy and the global order. From the modern state to cosmopolitan governance, Stanford.

Hirst, Paul (1994), Associative Democracy: New Forms of Economic and Social Government, Cambridge, MA.

Jachtenfuchs, Markus/Kohler-Koch, Beate (1996), „Einleitung: Regieren im dynamischen Mehrebenensystem“, in: Beate Kohler-Koch (Hg.), Europäische Integration, Opladen, S. 15-44.

Joerges, Christian/Neyer, Jürgen (1998), „Von intergouvernementalem Verhandeln zur deliberativen Politik: Gründe und Chancen für eine Konstitutionalisierung der europäischen Komitologie“, in: Beate Kohler-Koch (Hg.), Regieren in entgrenzten Räumen. Sonderheft 29 der PVS, Opladen, S. 207-233.

Kaelble, Hartmut (1997), „Europäische Vielfalt und der Weg zu einer europäischen Gesellschaft“, in: Stefan Hradil und Stefan Immerfall (Hg.): Die westeuropäischen Gesellschaften im Vergleich, Opladen, S. 27-68.

Kepplinger, Hans Mathias (1998), Die Demontage der Politik in der Informationsgesellschaft, Freiburg/München.

Kielmannsegg, Peter Graf (1996), „Integration und Demokratie“, in: Markus Jachtenfuchs und Beate Kohler-Koch (Hg.), Europäische Integration, Opladen, S. 47-71.

Kleinsteuber, Hans J. (1995), „Faktoren der Konstitution von Kommunikationsräumen: konzeptionelle Gedanken am Beispiel Europa“, in: Lutz Erbring (Hg.), Kommunikationsraum Europa, Konstanz, S. 41-50.

Lepsius, M. Rainer (1990), „Der europäische Nationalstaat: Erbe oder Zukunft“, in: ders., Interessen, Ideen, Institutionen, Opladen, S. 256-268.

Lepsius, M. Rainer (1997), „Bildet sich eine kulturelle Identität in der Europäischen Union?“, Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 8, S. 948-955.

Ludes, Peter (2000), „Die Notwendigkeit einer Europäischen Informationsunion“, in: Thomas Düllo, Arno Meteling, André Suhr und Carsten Winter (Hg.), Kursbuch Kulturwissenschaft, Münster, S. 45-59.

Marks, Gary/McAdam, Doug (1999), „On the Relationship of Political Opportunities to the Form of Collective Action. The Case of the European Union“, in: Donatella della Porta, Hanspeter Kriesi und Dieter Rucht (Hg.), Social Movements in a Globalizing World, London, S. 97-111.

Maurer, Andreas/Wessels, Wolfgang/Mittag, Jürgen (2000), „Europeanisation in and of the EU system: Trends, Offers and Constraints“, Paper for the DFG-workshop „Linking EU and National Governance“, Mannheim, 1-3 Juni 2000.

Meyer, Christoph O. (1999), „Political Legitimacy and the Invisibility of Politics: Exploring the European Union's Communication Deficit“, Journal of Common Market Studies 37, S. 617-639.

Meyer, Christoph O. (2000), „Ansätze einer europäischen Öffentlichkeit: Länderübergreifender investigativer Journalismus und der Rücktritt der EU-Kommission“, in: Barbara Baerns und Juliana Raupp (Hg.), Information und Kommunikation in Europa. Transnational Communication in Europe, Berlin, S. 107-127.

Mill, John Stuart (1958/orig.1861), Considerations on Representative Government, New York.

Miller, David/Schlesinger, Philip (2000), „Lobbying and Public Relations in Europe“, in: Barbara Baerns und Juliana Raupp (Hg.), Information und Kommunikation in Europa. Transnational Communication in Europe, Berlin, S. 331-340.

Morgan, David (1995), „British Media and European Union News. The Brussels News Beat and its Problems“, European Journal of Communication 10, S. 321-341.

Münch, Richard (1993), Das Projekt Europa. Zwischen Nationalstaat, regionaler Autonomie und Weltgesellschaft, Frankfurt am Main.

Neidhardt, Friedhelm/Koopmans, Ruud/Pfetsch, Barbara (2000), „Konstitutionsbedingungen politischer Öffentlichkeit: Der Fall Europa“, in: Hans-Dieter Klingemann und Friedhelm Neidhardt (Hg.), Zur Zukunft der Demokratie. Herausforderungen im Zeitalter der Globalisierung. WZB-Jahrbuch 2000. Berlin, S. 263-293.

Pérez-Díaz, Victor (1998), „The Public Sphere and a European Civil Society“, in: Jeffrey C. Alexander (Hg.), Real Civil Societies. Dilemmas of Institutionalization, London, S. 211-238.

Peters, Bernhard (1994), „Der Sinn von Öffentlichkeit“, in: Friedhelm Neidhardt (Hg.), Öffentlichkeit, öffentliche Meinung und soziale Bewegungen (Sonderheft 34 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie), Opladen, S. 42-76.

Peters, Bernhard (1999), „Nationale und transnationale Öffentlichkeiten – eine Problemskizze“, in: Claudia Honegger, Stefan Hradil und Franz Traxler (Hg.), Grenzenlose Gesellschaft? Verhandlungen des 20. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, Band 1, Opladen, S. 661-674.

Rucht, Dieter (2000), „Zur Europäisierung politischer Mobilisierung“, Berliner Journal für Soziologie 10, S. 185-202.

Scharpf, Fritz W. (1975), Demokratietheorie zwischen Utopie und Anpassung, 2. Aufl. Konstanz.

Scharpf, Fritz W. (1999), „Demokratieprobleme in der europäischen Mehrebenenpolitik“, in: Wolfgang Merkel und A. Busch (Hg.), Demokratie in Ost und West. Für Klaus von Beyme, Frankfurt am Main, S. 672-694.

Scharpf, Fritz W. (1998), „Demokratie in der transnationalen Politik“, in: Ulrich Beck (Hg.), Politik der Globalisierung, Frankfurt am Main, S. 228-253.

Scharpf, Fritz W. (1996), „Politische Optionen im vollendeten Binnenmarkt“, in: Markus Jachtenfuchs und Beate Kohler-Koch (Hg.), Europäische Integration, Opladen, S. 109-140.

Schlesinger, Philip (1999), „Changing Spaces of Political Communication: The Case of the European Union“, in: Political Communication 16, S. 263-279.

Schmitter, Philippe C. (1996), „Imaging the Future of the Euro-Polity with the Help of New Concepts“, in: Gary Marks, Fritz W. Scharpf, Philippe C. Schmitter und Wolfgang Streeck (Hg.), Governance in the European Union, London u. a., S. 119-150.

Schumpeter, Joseph A. (1942), Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, Bern.

Sievert, Holger (1998), Europäischer Journalismus, Opladen.

Trenz, Hans-Jörg (2000), „Korruption und politischer Skandal in der EU. Auf dem Weg zu einer europäischen, politischen Öffentlichkeit?“, in: Maurizio Bach (Hg.), Die Europäisierung nationaler Gesellschaften. Sonderheft 40 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Opladen, S. 332-359.

Trenz, Hans-Jörg/Eder, Klaus (2001), „The Democratic Functioning of a European Public Space. Beyond the model of the nation state“, Papier für den Weltkongress der IPSA, Quebec 2000.

Tumber, Howard (1995), „Marketing Maastricht: the EU and news management, Media“, Culture and Society 17, S. 511-519.

van de Steeg, Marianne (2000), „An Analysis of the Dutch and Spanish Newspaper Debates on EU Enlargement with Central and Eastern European Countries: Suggestions for a Transnational European Public Sphere“, in: Barbara Baerns und Juliana Raupp (Hg.), Information und Kommunikation in Europa. Transnational Communication in Europe, Berlin, S. 61-87.

Weiler, Joseph H. H. (1989), „Europäisches Parlament, europäische Integration, Demokratie und Legitimität“, in: Otto Schmick und Wolfgang Wessels (Hg.), Das Europäische Parlament im dynamischen Integrationsprozeß: Auf der Suche nach einem zeitgemäßen Leitbild. Bonn, S. 73-94.

Weiler, Joseph H. H. (1991), „Problems of Legitimacy in Post 1992 Europe“, Außenwirtschaft 46, S. 411-456.

Wessels, Wolfgang (1997), “An Ever Closer Fusion? A Dynamic Macropolitical View on Integration Processes”, Journal of Common Market Studies 35, S. 267-299.

Wessels, Wolfgang (1997), “An Ever Closer Fusion? A Dynamic Macropolitical View on Integration Processes”, Journal of Common Market Studies 35, S. 267-299.

Zürn, Michael (1998), Regieren jenseits des Nationalstaates. Globalisierung und Denationalisierung als Chance, Frankfurt am Main.

Zucker, Harold G. (1978), “The variable Nature of News Media Influence”, in: B. D. Ruben (Hg.), Communication Yearbook, Band 2. New Brunswick, N.J., S. 225-240.